

Gedenke, Mensch!

Die deutschen Opfer des „Großen Terrors“ – vergessen - erinnert?

Wilhelm Mensing

Gedenken ist die Brücke zwischen Lebenden und Toten. Gedenken, so ist es seit Jahrtausenden in unserem Kulturkreis, gilt besonders den Toten, die unschuldig Opfer von Mord und Gewalt wurden.¹

Der Opfer der Gewaltherrschaften des vergangenen Jahrhunderts gedenken - das bedeutet, den Toten das Gesicht zurückzugeben², die Opfer mit Namen zu nennen, hinter Zahlen und Listen die Personen, die Männer, die Frauen, die Kinder wiederzufinden. Gedenken steht eher im Hintergrund dessen, was gemeinhin „Aufarbeitung“ mit Schuld und Leid beladener Geschichte, des Stalinismus, des Hitlerismus genannt wird.

Es ist eines, die Vorbedingungen, die Strukturen, die Methoden, die Mechanismen, die Folgen der Despotie Stalins zu erkunden, darzustellen und die Kenntnis davon zu verbreiten. Es ist ein anderes, nach den Namen, den Schicksalen, den Spuren der Menschen zu fragen und zu suchen, die Stalins Despotie zum Opfer fielen, erschossen, verhungert, erfroren, von Krankheit hingerafft, damit eines jeden von ihnen oder doch möglichst vieler einzelner, seines Lebens, seines Leides, seines Todes gedacht werden kann. Beides ist den Nachfolgenden aufzugeben.

Es ist geboten, nach Antworten zu suchen auf die Frage: „Wie konnte es geschehen?“ So wird zu Recht auf die systematische Erforschung der Ursachen, der Abläufe, der Folgen Stalinscher Gewaltherrschaft viel forschende Mühe verwandt. An vielen Orten wird daran gearbeitet. Aber, wenn wir uns nicht in das Unmenschliche fügen wollen, was wir in der Geschichte des Stalinschen Terrors erfahren, dann dürfen wir die Toten nicht nur zählen, nicht nur Listen und Zahlenkolonnen, vielleicht nach Klassen, Berufen, Nationalitäten geordnet, aufstellen. Wir sind uns auch das Gedenken an die Ermordeten schuldig, wollen wir uns nicht der Fühllosigkeit gegenüber den Toten hingeben, womöglich unserer Berührungsangst vor dem Tod, der immer eines jeden eigener Tod ist. Gedenken, das ist der humane Umgang mit den Toten: Die Frage nach ihrem Leben, ihrem Leiden, wie fern sie erscheinen mögen, nicht zu verdrängen, nicht zu vergessen. Die scheinbare Sinnlosigkeit ihres Leidens nicht hinzunehmen.

Wir haben uns in Deutschland nicht vorzudrängen bei der Bewertung, gar der Messung der Schuld Stalins und seiner Mittäter und womöglich ihrem Vergleich mit dem Maß der Schuld des Hitlerschen Terrorregimes. Doch wir schulden es jedenfalls den von Deutschland aus in die Sowjetunion gekommenen Opfern Stalinscher Gewaltherrschaft, ihre Namen herauszufinden, ihrem Lebensweg nachzugehen, vor allem ihrem Weg durch die Repression. Wir schulden es ihnen, über sie zu sprechen, über ihr Leid. Es mag uns ob seiner Grausamkeit die Sprache verschlagen. Aber, wenn sich die Sprache versagt, dann bleiben uns Zeichen des Gedenkens, die wir den Opfern widmen können, wenn wir nur den Willen haben, ihrer zu gedenken. Den allerdings brauchen wir, um ihrer und unserer Würde willen. *Pensons y toujours, donc n'en parlons jamais* – dieses Gebot Léon M. Gambettas an

¹ Vgl. 2 Makk 8,4

² „Den toten Soldaten das Gesicht zurückgeben“ – Junge Polen suchen nach den Überresten gefallener Deutscher. Viele können auch heute noch identifiziert werden, Frankfurter Allgem. Sonntagszeitung, 18. Nov. 2001, Nr. 46 S.13.

französische Patrioten nach dem verlorenen Krieg gegen Deutschland 1871, das will nicht Gedenken sondern Erinnern, die Glut unter der Asche zu pflegen, damit bei erster Gelegenheit die Flamme der Rache entfacht werden kann. Das Gebot verlangt, auf Revanche zu sinnen, still, aber mit äußerster Beharrlichkeit. Das gilt nicht zuerst den Opfern, sondern dem von der Niederlage verletzten Stolz.

Nichts kann ferner liegen, wenn es um die Opfer Stalinscher Gewaltherrschaft geht. Da gibt es niemanden, der auf Revanche sinnen könnte, niemanden, dem sie gelten könnte. Das Reich des Täters ist kaum vierzig Jahre nach ihm dahingegangen, von einem seiner Amtsnachfolger für aufgelöst erklärt. Das Einfordern des Gedenkens für die Opfer der Despotie Stalins gilt durchaus nicht allen unter ihnen, sicher nicht allen in gleichem Maße. Nicht, weil die Opfer zu sortieren wären in gedenkenswerte und solche, die das Gedenken nicht verdienten. Sondern, weil es vergessene Opfer gibt und solche, denen – wie dürftig vielleicht und wie überhörbar und übersahbar auch immer – immerhin ein Gedenken zuteil wird.

Die Toten und die Überlebenden der Speziallager in der sowjetischen Besatzungszone aus den frühen Jahren nach dem 2. Weltkrieg gerieten nicht ganz in Vergessenheit. Von ihrem Leiden und Sterben erfuhr, bruchstückhaft zwar und verspätet, ein Stück Deutschland, ein Teil der Welt, in dem niemand verbot, darüber zu sprechen und öffentlich zu berichten, in dem das auch nicht ungelegen war oder gar schlimme Folgen haben konnte. Viele hatten Freunde und Familien, die nach ihnen fragten und sie beklagten. Die meisten sahen sich selbst nicht als Freunde Stalinscher Herrschaft, waren nicht Kommunisten, sondern eher deren Gegner, wenn nicht gar Feinde, und hatten so eine dürftige oder deutliche Erklärung für das, was ihnen widerfuhr. An ihr Schicksal erinnern Gedenkstätten und Publikationen – zu wenig, beklagen die Betroffenen, aber doch immerhin wahrnehmbar.³

Aber da sind die anderen, die früheren Opfer des Terrors, mit dem Stalin seine Herrschaft zu befestigen suchte. Tausende von Arbeitskräften zogen aus Deutschland in die Sowjetunion. Zunächst in den späten zwanziger Jahren einzelne Fachleute. Dann 1930/31 ganze Sonderzüge mit Bergleuten, Stahl- und Bauarbeitern, die meisten im Auftrag der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin angeworben. Die Sowjetunion brauchte sie, um die fast maßlosen Ziele des 2. Fünfjahrplans erreichen zu können. In Deutschland, besonders in den Industrieregionen wie dem Ruhrgebiet, waren Hunderttausende arbeitslos. Sehr viele, die kamen, waren Kommunisten oder sympathisierten mit ihnen. Viele gingen nach Jahresfrist zurück oder mit der Zunahme der Arbeitsplatzangebote in Deutschland, die die Aufrüstungspolitik des Hitler-Regimes auslöste. Die blieben, waren meist engagierte Kommunisten oder besonders qualifizierte, gut entlohnte Spezialisten. Sie wurden zum ganz großen Teil Opfer des Terrors, im glücklichsten Fall als nur zeitweilig Inhaftierte. Nicht besser erging es den kommunistischen Emigranten aus Deutschland, denen, die vor Strafverfolgung während der Republikzeit flüchteten, und denen, die sich nationalsozialistischer Verfolgung entziehen konnten.

Allein aus dem Ruhrgebiet sind so mindestens etwa fünfundzwanzig Männer und Frauen erschossen worden oder in der Haft gestorben und mindestens achtzig weitere verschollen, davon nicht wenige mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls erschossen.⁴ Verhaftete, die

³ Und immerhin in wachsendem Maße; vgl. z.B. Peter Jochen Winters, „Der Archipel Rache“ über das „Museum Sowjetisches Speziallager“ in Sachsenhausen, FAZ Nr. 286 v. 8.12.2001, S. 41. Auch das Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der Fern-Uni Hagen hat sich mit Opfern der sowjetischen Speziallager in der SBZ befaßt.

⁴ Nachweisungen bei W. Mensing, Von der Ruhr in den Gulag, Essen 2001, und auf der Internetseite www.nkwd-und-gestapo.de.

die sowjetischen Gefängnisse und Lager überlebten, wurden ausgewiesen oder – nach der Besetzung Polens durch die Wehrmacht und die Rote Armee – unmittelbar vom NKWD an die NS-Behörden ausgeliefert.⁵

Sie alle sind – mit ganz wenigen Ausnahmen wie dem, auch durch seine Auseinandersetzung mit Herbert Wehner, einigermaßen bekannten KPD-Funktionär Erich Birkenhauer aus Essen – Vergessene, „aus dem Gedächtnis der Welt Herausgefallene“⁶ Das Gedenken an sie mochte jahrzehntelang nicht gelingen. Es scheint bis heute Probleme zu bereiten. Dabei haben sich scheinbar die Ursachen für das nicht gelingende Gedenken verflüchtigt, aufgelöst, sind Geschichte geworden. Diese Ursachen waren durchweg „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ (Walter Janka). Nicht Schwierigkeiten, die etwa Stalin und seine Helfer mit der Wahrheit gehabt hätten. Stalin verkörperte die Partei, die den Wahrheitsanspruch erhob – da gab es keine Schwierigkeiten. Die Opfer, ihre Genossen, Freunde und Verwandten hatten die Schwierigkeiten. Gustav Sobottka etwa, kommunistischer Abgeordneter und Gewerkschaftsfunktionär aus Wanne-Eickel, mit Frau und jüngstem Sohn nach Moskau emigriert und gleich nach Kriegsende Leiter der Gruppe, die in Mecklenburg die Partei wieder aufbauen sollte – er lieferte ein Beispiel für solche Schwierigkeiten.

Als Sobottka, inzwischen in Berlin, für seine Tätigkeit als künftiger Vizepräsident der Hauptverwaltung Kohle der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone im Dezember 1945 den „Personalfragebogen“ auszufüllen hatte, da schrieb er „Beide Söhne wurden in Nazikerker geworfen und starben an dort erlittenen körperlichen und gesundheitlichen Schädigungen“.⁷ Die Eintragung galt auch Sobottkas jüngstem Sohn, der fünf Jahre zuvor, als Fünfundzwanzigjähriger, nach zweieinhalb Jahren Haft in Moskauer Gefängnissen gestorben war. Dem glühenden Kommunisten, der schon mit siebzehn Jahren Parteimitglied geworden war, hatten die Untersuchungsführer die Gründung einer „Hitler-Jugend“-Gruppe und Attentatsvorbereitungen gegen Außenkommissar Molotow vorgeworfen. Die Leiche, so erfuhren später die Eltern, konnte nicht herausgegeben werden, da der Tote verbrannt und seine Asche nicht aufbewahrt worden war.⁸ Die Täter wollten ihr Opfer vernichten, spurlos. Nicht einmal seine Asche sollte an ihn erinnern. Nichts sollte bleiben, woran sich ein Gedenken an ihn hätte festmachen können.

Der Vater des Opfers, dessen Zeugnisse über seine und seiner Frau verzweifelte Bemühen, den Sohn freizubekommen, erhalten sind – er hatte „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“. Im Herrschaftsbereich des Despoten lebend, der seinen Sohn hatte töten lassen, verleugnete er dessen Schicksal, wagte es nicht, des eigenen Sohnes zu gedenken. Gar unter den Opfern der Terrorherrschaft selbst gab es nicht wenige, die Schwierigkeiten mit der Wahrheit hatten. Nach dreiunddreißig Haftmonaten schrieb Hans Knodt, aus Essen stammender ehemaliger Chefredakteur der Parteizeitung „Rote Fahne“ an Stalin, er „nehme auch heute noch an“, daß die Maßnahmen gegen ihn „nicht mit [seinem] Einverständnis erfolgen“.⁹ Knodt – wie so viele seiner Leidensgenossen – empfand sich nicht als Opfer

⁵ Vgl. dazu im einzelnen H. Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, Frankfurt/M 1990, und W. Mensing a.a.O.

⁶ Joachim Fest, Rheinischer Merkur Nr. 42/1999, S. 8.

⁷ RGASPI F 495 op 205 d 35 pag 2R.- Der ältere Sohn Bernhard, wiederholt in Deutschland inhaftiert, war bald nach Kriegsende, am 30.7.1945, gestorben (nicht, wie immer wieder, zuletzt noch bei H. Schafranek, „Kontingentierte ‚Volksfeinde‘“, in IWK 1/2001, S. 17, in der Literatur dargestellt, im KZ).

⁸ RGASPI F 495 op 74 d 193 pag 31.

⁹ R.Müller, „Schrecken ohne Ende“, Dokumentenanhang, in EXIL Jahrg. 1997 Nr. 2 S. 79.

Stalins. Er sah sich als Opfer der Phantome, die angeblich Stalins Werk durch die Ausschaltung treuer Kommunisten zerstören wollten.

Er wurde zum Opfer einer Lüge. Seiner zu gedenken, das würde noch sein Sterben, seinen Tod aus der Lüge befreien. Nur Unbelehrbarkeit oder Trägheit könnten ihm noch im Wege stehen – oder die banale Vergeßlichkeit, das Beiprodukt eifriger Geschäftigkeit.

Als 1937 zerlumpfte, ausgehungerte Frauen mit ihren Kindern aus der Sowjetunion zurückkamen, deren Männer und Väter verhaftet und seitdem verschwunden waren, als 1938, 1939, bis zum Frühjahr 1941 die kürzer oder länger verhaftet oder gar zum Tode oder zu langjährigen Haft – und Lagerstrafen verurteilt Gewesenen nach Deutschland zurücktransportiert wurden – da stand außer engsten Verwandten niemand bereit, mitleidend die Berichte von erlittenen Qualen und Ängsten anzuhören, gar zur Anteilnahme aufzurufen, den Toten ein Denkmal zu setzen. Niemand mochte mit ihnen klagen, daß sie alle ihr wenig Hab und Gut und viele Männer Brüder, Söhne, manchmal auch die Mütter zurückgelassen hatten, von denen sie erst ahnten und bald sicher waren, daß sie sie nie wieder sehen würden.

Die Gestapobeamten, die sie vernahmen, wollten von ihnen Stoff für die Antikomintern-Propaganda geliefert bekommen.¹⁰ Sie fragten sie nach der Versorgung, dem Lebensstandard, nach der Situation des „deutschen Volkstums“. Sie betrieben industrielle und militärische Aufklärung. Sie gingen dem Verdacht des Hochverrats nach gegenüber denen, die sich meist Mitte der dreißiger Jahre vergeblich um die Aufnahme in die Sowjetbürgerschaft bemüht hatten, nahmen Ermittlungen wegen Landesverrats gegen die Rückkehrer auf, die vom NKWD – mal mit massiver Nötigung, mal mit leichtem Druck - zur nachrichtendienstlichen Arbeit in Deutschland verpflichtet worden waren.¹¹

Fast alle Rückkehrer, die Sympathisanten oder gar Mitglieder der KPD (gewesen) waren, versicherten den Vernehmern eilig, sie seien „vom Marxismus geheilt“. Die meisten dürften ehrlich dem auf schlimme, wenn nicht grausame Art erfahrenen (damals noch nicht so genannten) real existierenden Sozialismus abgeschworen haben. Nur ein einziger findet sich unter Hunderten aus sowjetischer Haft Abgeschobener, der sich entschieden weiter zum Kommunismus bekannte: Der ungarische Jude Arnold Klein, unter Falschnamen seit 1923 erst bei der „Roten Fahne“, später Mitglied der Bezirksleitung Ruhrgebiet und Leiter des AM-Apparates in Essen. Er mochte, als er 1940 ausgeliefert worden war, hoffen, nach solchem Bekenntnis in seine Heimat abgeschoben zu werden.¹² Entschlossen genug, sich dann später dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zur Verfügung zu stellen, waren nur sehr wenige nach den Erfahrungen unter dem Stalin-Regime.¹³

Was die Rückkehrenden erlitten hatten, wie sie gequält worden waren, das stand erkennbar nicht im Zentrum des Gestapo-Interesses. In der Regel wurde den Vernommenen sogar verboten, gegenüber Dritten über Erfahrenes zu sprechen; nur kontrolliert propagandistisch sollten ihre Erlebnisse und ihr Leiden „verwertet“ werden. Unter solchen Bedingungen fand sich verständlicherweise keiner, der öffentlich über das Leid geredet hätte,

¹⁰ Vgl. z.B. Krupinski, Rückkehrer berichten über die Sowjetunion, Berlin 1942, und A. Laubenheimer (Hrsg.), Und du siehst die Sowjets richtig, 4.A., Berlin 1938.

¹¹ Vgl. W.Mensing, a.a.O., S. 104 und Anm. 7 dort.

¹² Tatsächlich hatte es mindestens noch 1938 Abschiebungen KPD-zugehöriger Juden ungarischer Staatsangehörigkeit aus Deutschland gegeben, HStA Düsseldorf RW 58 31300 u. 31301, Ehepaar Freireich.

¹³ Der einzige aus dem Ruhrgebiet, von dem das bekannt ist, war – das mag Zufall sein – ohne Verfolgung aus der SU ausgewiesen worden: Emil Rattay aus Gelsenkirchen. Vgl. W.Mensing, a.a.O., S. 355f.

das ihm widerfahren war, keiner, der für die Opfer des Stalin-Terrors gesprochen, über die Toten und die Verschollenen geschrieben hätte. Nicht nur die Vernehmungserfahrung bei der Gestapo trug dazu bei, den Opfern Stalinscher Verfolgung in Deutschland jeden Gedanken auszutreiben, ihr Schicksal öffentlicher Erinnerung zu empfehlen, nachdem der Moloch sie ausgespieen hatte. Keineswegs nur vereinzelte Rückkehrer wurden früher oder später in Schutzhaft genommen, in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen oder Neuengamme eingeliefert. Allein von den Rückkehrern aus dem Ruhrgebiet starben mindestens drei in KZ- oder Gefängnishaft (Kurt Antes, Hermann Beusch, Arnold Klein), mindestens fünf weitere blieben bis zur Befreiung im KZ (Bernhard Feldkamp, Paul Hensel, Erich Meier, Wilhelm Plathner, Ludwig Szymczak).

Margarete Buber-Neumann konnte ihr Schicksal zwischen Stalin und Hitler darstellen¹⁴. Antes, Beusch und die übrigen, soweit sie nicht ganz und gar vergessen sind, blieben allenfalls als Opfer der NS-Verfolgung in Erinnerung. Daß sie nicht nur zuvor in das Räderwerk des Stalinschen Terrors geraten waren, sondern erst durch dessen Gewaltapparat dem von Gestapo und SS überliefert wurden, ist oft nicht einmal den Archiven der KZ-Gedenkstätten oder ihrer Heimatorte bekannt, wo ihrer als NS-Opfer gedacht wird. Als NS-Verfolgte hatten sie eine Chance, Entschädigung zu erlangen, hatten sie – zumal als Kommunisten – mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (später VVN-BdA = Bund der Antifaschisten) eine ihnen politisch nahestehende Organisation, die Gleichgesinnte umhegte. Aber in dieser Organisation war die zunächst erlittene stalinistische Verfolgung etlicher Mitglieder nicht nur kein Thema. Vielmehr bekämpfte ein lebenslanger Stalinist, wie der langjährige Sprecher der „Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora in der BRD“ Emil Carlebach, Mitbegründer der VVN, aktiv den Versuch, öffentlich über den Stalin-Terror und die frei erfundenen Vorwürfe gegen seine deutschen Opfer zu reden. Er wurde dabei sogar von einem der Verfolgung der deutschen Arbeiter in Prokopjewsk/Westsibirien im Jahre 1937 glücklich Entkommenen unterstützt.¹⁵

Wie sollten die, die sich durch Stalin und seine Rote Armee aus Hitlers Händen befreit fühlten, ein Forum für das Reden über Folter und Erschießungskommando des NKWD bieten?

Erst recht gab es keinen Raum für die Erinnerung an die Leiden während des „großen Terrors“ in der Sowjetunion für die, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs wieder ihre politische Heimat in der KPD suchten. Der Kommunist Fritz Krützner, im März 1938 nach sieben Monaten Haft als Ausgewiesener wieder in Deutschland, durfte schon froh sein, auf einen Genossen zu stoßen, der die Klärung der Beschuldigungen des NKWD gegen ihn auf die Nach-Hitler-Zeit verschob.¹⁶ Wo nach dem Kriege schon die West-Emigration während der NS-Zeit vielfache Verdächtigungen auslöste, da war das Beschweigen einer Ausweisung aus der Sowjetunion nach vorangegangener Verhaftung das bei weitem Günstigste, was ein Anhänger der KPD erhoffen konnte.

Zwar brachten die Zeiten des Kalten Krieges in den deutschen Westzonen und dann in der Bundesrepublik Deutschland vielerlei Antikommunistisches hervor - mit guten Gründen vieles, manches mit wenig guten. Aber was immer über Grausamkeiten und Greuel des

¹⁴ Vor allem mit ihrem Bericht „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“, 1948, auch, wenn der im Jahr 2000 verstorbene treue Stalinist Emil Carlebach sie in jahrelangen Prozessen unglaublich zu machen suchte (vgl. die Schilderung bei H. Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, a.a.O. S. 194ff) und bei der Stasi an Plänen gearbeitet wurde, sie zu entführen (vgl. B.M.Mülder, Stasi wollte Buber-Neumann entführen, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 42 v. 21.10.2001).

¹⁵ Franz Sellikat aus Gelsenkirchen, vgl. W.Mensing, a.a.O., S. 322f mit weiteren Nachweisen.

¹⁶ D.Peukert, Die KPD im Widerstand, Wuppertal 1980, S. 296, 334.

Stalin-Terrors verbreitet wurde – an die Wirtschaftsemigranten der dreißiger Jahre dachte so gut wie niemand; an die Schicksale mancher Politemigranten erinnerte immerhin der eine oder andere, der im Westen die Freiheit dazu hatte, wie Margarete Buber-Neumann „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“.

In der sowjetischen Besatzungszone und anschließend in der jungen DDR war es nicht schwer, sich die Opfer und mit ihnen ihre Geschichte vom Leibe zu halten. Die während der NS-Zeit Zurückgekommenen mußten weiter schweigen. Die nach Verbüßung ihrer Strafen (die administrativ bis ans Kriegsende verlängert worden waren) noch in der Sowjetunion lebenden Säuberungsoffer durften nicht ausreisen. Den wenigen Witwen Erschossener, die nach Deutschland hatten zurückreisen dürfen, wurde mit Lügen die Erinnerung an das Schicksal ihrer Männer gestohlen: Margaritha Rosenthal erhielt nach ihrer Rückkehr im Oktober 1946 aus der Sowjetunion die Auskunft, ihr Mann Leo, aus Hamm in Westfalen stammend, erschossen im August 1938, werde nach Verbüßung seiner Lagerstrafe 1948 zurückkommen; zwölf Jahre später eine neue Lüge: er sei 1946 gestorben.¹⁷

Chruschtschows Rede vor den Delegierten des XX. Parteitages der KPdSU über die Verbrechen Stalins und den Personenkult hätte vielleicht wenigstens auf dem Umweg über den Westen, wo die Geheimrede schon bald öffentlich gemacht wurde, den Weg des Gedenkens an die deutschen Opfer Stalinschen Terrors freimachen können.

Aber in der Bundesrepublik Deutschland mußte sich die KPD nicht mit der Frage auseinandersetzen, wie sie mit der Erinnerung an ihre in der Sowjetunion ermordeten und geschundenen und die an Hitler überantworteten Genossen umging. Das Parteiverbot enthob sie des Problems.

Doch es gab ja die Gewerkschaften, die auch das Gedenken an ihre von Stalin umgebrachten Kollegen hätten pflegen können. Zwar, die kommunistisch orientierten deutschen Arbeitsemigranten gehörten überwiegend bis zu ihrer Ausreise in die Sowjetunion der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) an. Aber von den Nicht-Kommunisten waren etliche beim Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands und im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Zu welcher Gewerkschaft die in die Sowjetunion Gegangenen auch immer gehört haben mochten: Sie waren, viele über Jahre, mit den daheimgebliebenen Kumpel und Kollegen gemeinsam zur Schicht und oft genug auch zur Stempelstelle beim Arbeitsamt gegangen, hatten nebenan gewohnt, das Nachbarstück in der Schrebergartenanlage bearbeitet – Mitmenschen, die zwar aus dem Ruhrgebiet, aber doch damit nicht aus jeder Erinnerung ausgereist sein können.

Aber genau das scheint geschehen zu sein: Die Erschossenen, die Verschollenen, die geschunden Zurückgekommenen kommen wohl in der Erinnerung der Gewerkschaften nicht vor. Zwar findet sich eine Gedenkschrift für „Bauarbeiter im Widerstand – Zeitzeugen berichten“ der IG Bau, Steine, Erden¹⁸, in der unter neun Zeitzeugen auch Theophil Oslislok, Bottrop, über seine Familie und sein Leben berichtet. Aber nichts davon, daß sein Vater 1935 für einige Monate in die Sowjetunion gereist war, offenbar als Flüchtling vor drohender NS-Verfolgung, dort anerkannt wurde als Politemigrant, aber später anscheinend freiwillig nach Deutschland zurückkehrte. Vor allem nichts davon, daß Oslisloks Bruder Ferdinand ebenfalls in die SU geflüchtet war, dort 1937 verhaftet und aus der KPD ausgeschlossen wurde und seither verschollen ist. Da muß es nicht verwundern, daß der Ruhrbergbau, sonst durchaus auf die Pflege seiner Geschichte bedacht und Betreiber von Museen und Archiven, die diese Geschichte lebendig zu erhalten suchen, sich anscheinend

¹⁷ W.Mensing, a.a.O., S. 307ff (309) mit weiteren Nachweisen.

¹⁸ Hrsg. Bundesvorstand der IGBSE, Frankfurt/M o.J.

nirgends mit dem Gedenken an die Mitarbeiter auseinandersetzt, die die Arbeit in Gelsenkirchener, Essener oder Bochumer Schächten (bisweilen auch nur die Erinnerung daran, die ihnen nach langer Arbeitslosigkeit noch geblieben war), mit der in den Schachtanlagen des Donezk-Beckens oder Westsibiriens getauscht hatten und irgendwann nach der Schicht vom NKWD festgenommen worden und seitdem für ihre Umwelt verschwunden waren.¹⁹ Gelegentlich scheint die Verweigerung solchen Gedenkens im Umfeld des Ruhrbergbaus mit einer in technischen Berufen wohl immer noch tradierten Politikferne zu tun zu haben, die sich nicht bewußt macht, daß solche Politikferne zur Ferne von Mitmenschlichkeit werden kann: Der Mitautor einer vor kurzem erschienenen größeren Publikation zur frühindustriellen Entwicklung des Ruhrgebiets verweigerte dem Verfasser die Zusammenarbeit, als er vom Gegenstand seines Interesses, den von Stalins Terror betroffenen Ruhrbergleuten, erfuhr. Das fand er, sei ein politisches Thema, damit wolle er nichts zu schaffen haben.

Der Umgang derer, die die Gefängnisse und Lager überlebt haben und heimgekommen sind, mit dem Erlebten ist nur bei wenigen erinnerungswillig oder wißbegierig offen. Und ebenso stehen die Familien zum Schicksal der Angehörigen, die von Stalins „Organen“ ermordet oder verfolgt wurden. Meinhard Stark ist dem im Gespräch mit GULag-erfahrenen Frauen, meist schon in recht hohem Alter, begegnet, die sich oft erst unter seinem kundigen und einfühlsamen Zuspruch nach jahrzehntelangem Schweigen gegenüber sich und anderen freisprachen und der Erinnerung überließen.²⁰

Bert Brechts „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ gilt auch für die Kulturleistung „Gedenken“. Ich komme aus einer proletarischen Familie, erklärte der nächste noch lebende Verwandte eines in Prokopjewsk 1937 erschossenen ehemaligen Ruhrbergmanns dem Verfasser, da hatte jeder Tag seine eigene Last und ließ keine Zeit für das Sich-Erinnern. Das Vergangene war abgehakt, hintergelassen. Alte Sachen soll man ruhen lassen, drückte es ein anderer aus, und wollte das auch für die Erinnerung an den beim NKWD gefolterten Großvater gelten lassen.

Nicht selten sehen Söhne oder Witwen im lebenslangen Schweigen der Väter oder Ehemänner über das Erlebte die stillschweigend ihnen auferlegte Verpflichtung, den von Stalin belegten Teil des Lebens der nun Gestorbenen weiter zu beschweigen. Manchen mag solche (vermeintliche) Verpflichtung auch ein willkommenener Vorwand sein, sich nicht mit dem kommunistischen Engagement der Eltern und Großeltern auseinanderzusetzen. Andere, die politischen Überzeugungen der als Kommunisten in die Sowjetunion gegangenen Angehörigen auch heute noch teilend, mögen fürchten, das öffentliche Gedenken der Ermordeten sei unausweichlich ein antikommunistischer Akt.

Dergleichen wird als individuelle, von der jeweiligen Sozialisierung geprägte Haltung zu respektieren oder jedenfalls hinzunehmen sein, auch wenn den Betroffenen die befreiende Erfahrung derjenigen entgeht, die sich dem Gedenken öffnen. Aber es kann keine Maßstäbe liefern für den Umgang mit der Geschichte der deutschen Opfer des „großen Terrors“.

Und es kann dies nicht erklären: Der ehemalige Bergmann Hans Marchwitza, der als angehender Arbeiterschriftsteller 1929 gemeinsam mit seinem Kollegen²¹ Willi Harzheim

¹⁹ Ein Versuch des Verfassers, das Bergbaumuseum Bochum dafür zu interessieren, blieb ohne Resonanz.

²⁰ M. Stark, „Ich muß sagen, wie es war“ Deutsche Frauen des GULag, Berlin 1999.

²¹ Sie waren nicht nur beide von Jugend an Bergleute, sondern hatten auch beide der Essener Gruppe des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller angehört.

aus Gelsenkirchen-Horst vom Ruhrgebiet nach Berlin mangels Fahrgeld getippelt²², später dank Westemigration lebend über Hitler- und Stalin-Herrschaft gekommen war, mochte sich bis zu seinem Tode im Jahre 1965 in der DDR als Ehrendoktor und mehrfacher Nationalpreisträger mit keinem öffentlichen Wort und keiner Zeile an diesen 1937 in Westsibirien von einem NKWD-Kommando erschossenen Kollegen erinnern.

Ebensowenig dies: Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt und der Oberhausener Asso Verlag, beide über Jahre dem organisierten Kommunismus nicht fernstehend, denen sonst kaum ein Versuch eines schreibenden Arbeiters entgangen ist, erwähnten nie auch nur den Namen von Willi Harzheim, geschweige denn, daß sie etwas von seinen Arbeiten aus den frühen dreißiger Jahren nachgedruckt hätten. Oder dies: Der Literat und langjährige Bibliotheksdirektor Hugo Ernst Käufer, gerühmt als Kenner der Gelsenkirchener Geschichte und als Kenner und tatkräftiger Förderer von Schreibenden zwischen Ruhr und Emscher²³, hat den seiner langjährigen beruflichen Heimat entstammenden Willi Harzheim anhaltend und vollständig ignoriert. Und schon gar nicht dies: Harzheims Genosse aus Jugendtagen in Gelsenkirchen, Karl Tuttas, verkehrte in seinen 1980 erschienenen Erinnerungen dessen frühes Ende auf Stalins Befehl mit einer Lüge in ein solches „im Kampf gegen Hitler-Deutschland“.²⁴

Vergessen, verdrängen, verfälschen – nur nicht gedenken! Die „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ sind arg verbreitet. Fast könnte man versucht sein, den Nachruhm der DDR zu mehren, hat doch dort die SED im März 1957 sich entschlossen, „nach mutmaßlichem Tode“ Willi Harzheims „Parteihre“ wiederherzustellen, und nicht nur seine, auch die von über zweihundert anderen KPD-Mitgliedern, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen in die Sowjetunion emigriert, dort verfolgt und aus der Partei ausgeschlossen worden waren.²⁵ Nur, was die Partei damals Rehabilitierung nannte, erlaubte weder denen, die lebend in deren Genuß kamen, noch den Verwandten der posthum von der „Unehre“ Befreiten, zu tun, was den Sinn von Rehabilitierung ausmacht: die Rehabilitierten öffentlich als Opfer von Unrecht, von Willkür und Gewalt darzustellen. Womöglich gar Entschädigung zu erwarten, wenn schon nicht materiell, dann wenigstens ideell durch den gedenkenden öffentlichen Diskurs über erlittenes Unrecht und über das System und die darin Herrschenden, die das Unrecht begangen oder angeordnet hatten.

Wo im Westen Desinteresse, Ahnungslosigkeit, Bequemlichkeit oder unreflektierter Antikommunismus dem Gedenken der Opfer entgegenstanden²⁶, da wirkte bei den Herrschenden in der DDR, von denen etliche in der Moskauer Emigration den „Großen Terror“ miterlebt und überlebt hatten, die Angst vor den unkontrollierbaren Folgen des öffentlichen Unrechts-Eingeständnisses der Partei, der sowjetischen und der eigenen, in gleicher Weise. Und so verfügte die SED die absurde Geheimhaltung der „Rehabilitierungen“. Parteifunktionäre teilten sie den Betroffenen nur mündlich mit, geboten ihnen strenges Stillschweigen über diese Mitteilung. Die große, allgemeine Lüge der Partei gebar die kleinen individuellen Lügen derer, die ihr anhängen und von ihr abhängen.

Die von Karl Mergenthal etwa, Arbeitsemigrant aus Gelsenkirchen, 1937 verhaftet, fünf Jahre Lager in Kolyma mit der üblichen Verlängerung bis zum Kriegsende, 1960 Ausrei-

²² Vgl. W.Mensing, Willi Harzheim 1904-1937, Arbeiterschriftsteller aus Horst, Essen 2001, S. 14.

²³ So in der Internet-Präsentation des Asso Verlages, Oberhausen.

²⁴ K.Tuttas, Einer von jenen - Erinnerungen, Halle/Leipzig, S. 173.

²⁵ Vgl. die Zusammenstellung in J.Gabert/L.Prieß (Hrsg.), SED und Stalinismus – Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990, S. 149ff.

²⁶ Reinhard Müller, Menschenfalle Moskau, Hamburg, 2001, S. 425ff, weist darauf hin, daß auch in Schweden die Verfolgung schwedischer Polit- und Arbeitsemigranten in der SU tabuisiert war.

seerlaubnis in die DDR. In einer Broschüre präsentierte er sich als der Arbeiterveteran Karl Iwanowitsch und erinnerte sich, was den Jahren als „Gastarbeiter“ in Charkow folgte: „Jahre später arbeitete ich im hohen Norden der UdSSR, im Magadaner Gebiet. Mehr als zwanzig Jahre übrigens.“ Nichts von achtzehn Monaten Untersuchungshaft wegen freierfundener Spionage- und Sabotagevorwürfe, nichts vom Gefangenentransport über Tausende Kilometer, nichts von Hunger und Kälte. Nur gerade die Andeutung der endlosen Wartezeit bis zur Heimkehrerlaubnis.²⁷ Die deutsch-sowjetische Freundschaftsgesellschaft produzierte gemeinsam mit einer Kommission „zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Bezirksleitung Cottbus der SED“ diese Broschüre. Gemeinsam geriet ihnen das Stalin-Opfer Karl Mergenthal zum deutsch-sowjetischen Arbeiterveteran Karl Iwanowitsch, wurde aus dem Gedenken die „Wahrheit“ nach dem Maß der Partei. Oder die der Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin Trude Richter, bis zu ihrer Emigration in die Sowjetunion 1934 Sekretärin des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller in Berlin. Im November 1936 wurde sie verhaftet; die fünf Jahre Lagerhaft wurden bis 1946 verlängert. 1949 folgte eine weitere Verhaftung, die sie in den Nordosten der UdSSR nach Magadan führte. 1957 durfte sie in die DDR ausreisen. Als sie 1972 ihren Erinnerungsband „Die Plakette, vom großen und vom kleinen Werden“ veröffentlichte, ließ sie sich darauf ein, mit keinem Wort von den Schrecken der Haft- und Lagerjahre zu berichten. Erst in der 1990 – bereits nach ihrem Tode – erschienenen Autobiographie „TOTGESAGT – Erinnerungen“, vom wohlmeinenden Gedenkredner als „zweiter Teil“ ihrer Lebensgeschichte bezeichnet²⁸, waren ihr diese Schrecken wieder lebendig geworden, folgte das Gedenken, für sich und viele Freunde und Bekannte, die ihr Schicksal oder ein noch bittereres hatten teilen müssen. Da hatte längst, nur sechs Jahre nach der „Plakette“, zwischen zwei Gefängnisaufenthalten, Vaclav Havel mit seinem „Versuch in der Wahrheit zu leben“ seine Antwort auf die „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ gegeben. Nur über die Befreiung aus der Lüge führt der Weg zu einem Gedenken an die Opfer des „großen Terrors“. Der Weg ist längst nicht mehr gefährlich, nur mühsam.

Wer noch Erinnerungen hat, kann sprechen. Die Akten sind offen, mit wievielen Einschränkungen im einzelnen auch immer. Nur Unbelehrbarkeit oder Trägheit könnten dem Gedenken noch im Wege stehen – oder die banale Vergeßlichkeit, das Beiprodukt eifriger Geschäftigkeit. Doch es findet sich bis heute kein Denkmal, keine Gedenkstätte in Deutschland für die aus diesem Land in die Sowjetunion gekommenen Opfer des „großen Terrors“. Die Suche im Internet führt auf keine Spur. Wer nach dem Gedenken für Stalin-Opfer fragt, wird nach Polen oder in die Ukraine geleitet.

Bei den organisierten Kommunisten im Westen Deutschlands, der DKP als „Miterbin“ der KPD, wird noch immer „Stalinismus“ als Kampfbegriff des Antikommunismus behandelt. Ihre Internet-Präsentation kennt zum Thema „Stalin-Opfer“ nur ein Dokument der PDS und erinnert (sich) an keinen Genossen, der zu diesen Opfern zählt. Auf eine ausdrückliche Frage des Verfassers reagierte der Parteivorstand nicht.²⁹ Um so höher zu schätzen:

²⁷ Ges. für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bezirksvorstand Cottbus/Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Bezirksleitung Cottbus der SED (Hrsg.), auf neuer straße... – mit karl iwanowitsch unterwegs, Cottbus o.J. (wohl 1971).

²⁸ a.a.O. S. 483, Helmut Richter.

²⁹ Immerhin findet sich auf der Internetseite der Zeitung der DKP die Wiedergabe eines Beitrages aus den „Bottroper Notizen“, Zeitung der DKP Bottrop und Kirchhellen, vom Herbst 2001, wo unter dem Titel „Verschollene Bottroper Kommunisten“ fünf der bei W.Mensing, Von der Ruhr in den Gulag, Biographierten aufgeführt sind, wenn auch mit der allenfalls subjektiv richtigen Einleitung, es sei „erst in diesem Jahr bekannt“ geworden, daß sie „in sowjetischen NKWD-Lagern umgekommen oder umgebracht worden“ seien.

Führende Vertreter der österreichischen KP gaben im Frühsommer 2001 das Buch „Stalin und wir“ heraus, in dem sie vor allem die ihnen inzwischen bekannten KPÖ-Mitglieder nannten, die Opfer des „großen Terrors“ geworden sind. Bei dessen Vorstellung fand der Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wolfgang Neugebauer, die „Aufarbeitung des Stalinismus“ auch aus menschlichen Gründen notwendig, „weil mit den Verbrechen auch die Opfer des Stalinismus mit Terror, Fälschung und Lüge jahre- und jahrzehntelang verdrängt“ worden seien, zumal die Kommunisten unter ihnen, verfolgt, geschmäht und vergessen von den eigenen Genossen.³⁰

Es mag wohl auch eine Frage des Welt- und Menschenbildes sein, ob den Nachfolgenden das Gedenken derer gelingt, die am Rand der Wege zum Fortschritt, zu einer besseren Welt als Opfer liegen geblieben sind. Wo Politik mit Wahrheitsanspruch betrieben wird, da scheint um der Durchsetzung solcher Politik willen meist auch gehobelt zu werden, mit der Folge, daß Späne fallen. Solche „Späne“ sind dann auch Menschen, die sich diesem Wahrheitsanspruch in den Weg stellen. Späne beseitigt man. Das ist wörtlich zu verstehen, auch, wenn die Späne Menschen sind. Nur eine Politik, die keinen Wahrheitsanspruch stellt, die akzeptiert, daß „kein Glück der Enkel das Leid der Väter wieder gut[macht], und kein sozialer Fortschritt ... die Ungerechtigkeit [versöhnt], die den Toten widerfahren ist“³¹, wird Menschen nicht zu Opfern machen und kann der Opfer gedenken, die andere Politiken gefordert haben.

Es gibt die kleinen Beispiele, die das als nicht ganz und gar utopisch erscheinen lassen und die zeigen, daß Gedenken gelingen kann: Die humanitäre Abteilung von Memorial/Moskau erhält Unterstützung bei der Hilfe für alte und kranke ehemalige Lagerinsassen durch den Verein „Lippstadt hilft“.³² Gedenken zum Anfassen, Gedenken, das anfaßt. Den Mitgliedern des Vereins gebührt Dank.

³⁰ Internetseite www.kpoe.at/bund/archiv/Stalinismus/Neugebauer.htm.

³¹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Beschlüsse der Vollversammlung, Offizielle Gesamtausgabe, hrsgg. i.A. des Präsidiums der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrep. Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz. 2.A., Freiburg 1976, S. 90f (Auferweckung der Toten).

³² Internetseite www.dedinghausen.de/archiv/2000/berichte/317.